

# Wirksamkeit und Einfluss der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft

Beitrag zur Sächsischen Zukunftskonferenz am 21. März 2015 in Dresden von Ronald Blaschke

Es ist sehr gut, dass sich der Landesverband Sachsen aktiv in die Zukunftsdebatte der Partei DIE LINKE einbringt – auch mit eigenen Fragestellungen und möglichen Antworten.

Ich möchte einige Bemerkungen zu den drei Themen/Fragen der Sächsischen Zukunftskonferenz machen, und ich möchte ein paar Antworten versuchen – sowie Vorschläge für Themen in den Workshops unterbreiten.

**a) „Prekarisierung und Entpolitisierung“ - Darin möchten wir Fragen thematisieren, wie: Was verstehen wir unter Prekariat? Gehören Prekarisierung und Entpolitisierung zwangsläufig zusammen? Wie kann DIE LINKE der Entpolitisierung entgegenwirken? Wie ist politische Meinungsbildung unter der Voraussetzung fortgeschrittener Entpolitisierung überhaupt möglich?**

Eine Bemerkung:

Ich glaube nicht, dass es – wie in den Fragen unterstellt – zu einer Entpolitisierung gekommen ist. Ich meine, dass diese Feststellung einem falschen Verständnis von Politikentspringt. Zum Beispiel können wir nicht von einer Entpolitisierung sprechen, wenn immer weniger wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger an Wahlen teilnehmen: Nicht wählen kann vielfältigen Ursachen haben - volle Übereinstimmung mit der herrschenden Politik, Ablehnung der derzeit konkreten Form der Wahl, die Auffassung, dass mit der herrschenden Form der Wahlen und der parlamentarischen/repräsentativen Demokratie wirklich reale Veränderungen erreichbar wären usw. usf. Andere Erklärungsmöglichkeiten gibt es bezüglich geringer Interessen an betrieblicher Mitbestimmung, an Parteimitgliedschaft oder bzgl. der Mitwirkung an lokalen Bürgerinitiativen etc. Eine geringe oder keinerlei Teilnahme an solchen politischen Möglichkeiten sprechen aber nicht für eine Entpolitisierung – sondern führen erst einmal zu folgenden Fragen: Was ist das Politische? Welche Formen des Politischen gibt es? Welche Formen des Politischen sind wozu und für wen geeignet, welche Formen des Politischen führen zum Absterben des Politischen? Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind Politisches befördernd, welche behindernd?

Erste These zu a:

Prekarisierung und Entpolitisierung gehören nicht zwangsläufig zusammen. Die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV, auch die Montags-Pegida-Demonstrationen zeigen: Gefühlte, real erlebte oder antizipierte Prekarisierung führen zur oder haben in sich den Keim der Politisierung – in welcher Form oder in welche politische Richtung auch immer, oft auch in die Richtung der Abwertung "tiefer" stehender Menschen- und Menschengruppen (vgl. die Studien zu den "Deutschen Zuständen" ) inkl. platter Fremdenfeindlichkeit/Rassismen.

Prekarisierung kann aber genauso zum Rückzug der Menschen aus der öffentlichen Willens- und Entscheidungsbildung führen. Das ist eine alte Erkenntnis.

Prekarisierung umfasst im Kern zwei Dinge: Gefühlter, real erlebter oder antizipierter Verlust materieller (inkl. infrastruktureller) Möglichkeiten der Ausübung des Politischen und gefühlte, real erlebte oder antizipierte Abhängigkeit von der Gnade anderer. In die deutsche Sprache kam der Begriff des Prekären während der napoleonischen Zeit, abgeleitet aus dem französischen Wort *précaire*, das vom lat. *Precaius* („bittweise erlangt“) und *precari* („flehentlich bitten“) abstammt. Im römischen Recht war ein *Prekarium* die unentgeltliche Überlassung einer beweglichen oder unbeweglichen Sache auf jederzeitigen freien Widerruf durch den Eigentümer. Ein Vertragsverhältnis zwischen dem Eigentümer und dem Nutzer (*Prekaristen*) wurde durch die Überlassung nicht begründet. Der *Prekarist* konnte die Sache gebrauchen oder nutzen, doch musste er jederzeit mit einem Widerruf rechnen. Insofern war ein *precarium* eine Bittleihe, abgeleitet vom Wort *precesin* seiner Bedeutung als Bitte. Freiheit ist der Gegensatz zur Abhängigkeit aus Gnade anderer, nicht zur Abhängigkeit von anderen. Marx stellte fest, dass der doppelt freie Lohnarbeiter, der Lohnabhängige potenziell Armer (*Pauper*) ist (vgl. Marx, Grundrisse 2 der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 42, 1983, 505) – also faktisch immer prekär lebt, leben muss. Sollte der seine Arbeitskraft nicht oder nicht angemessen verkaufen können, ist er faktisch auf "Almosen von der Revenu", auf Gnade angewiesen. Die Lohnarbeit (re-)produziert nicht nur tagtäglich das Kapital und Kapitalverhältnisse, sie (re-)produziert tagtäglich deren Träger, die prekären Menschen.

Daraus folgende zweite These zu a:

Eine gesellschaftliche Linke und DIE LINKEN, wenn sie denn eine Politisierung der Menschen im Sinne einer umfassenden Demokratisierung (also ohne Ausgrenzungen etc.) aller gesellschaftlichen Bereiche inklusive Staat und Markt anstreben, müssen jeglicher Form der Prekarisierung und Abhängigkeit der Menschen von der Gnade anderer Menschenentgegenzutreten – materiell und politisch. Die Lohnarbeits- und die Eigentumsfrage hat bekanntlich zwei Seiten – eine materielle und eine politische. In beiden Fällen geht es letztlich um Verfügungsgewalt – Verfügung über sich selbst, über andere, über Natur und über Sachen.

Die linken Konzepte, die diese Verfügungsfrage in Freiheit und Demokratiestellen, liegen auf dem Tisch der politischen Diskussion: Grundeinkommen (Verfügung über sich selbst), freier Zugang zu und demokratisch organisierte Infrastrukturen und Dienstleistungen, demokratische Aneignung der Produktion und Produktionsbedingungen, uneingeschränkte soziale, politische und bürgerliche Rechte für jede/n usw. usf. Damit kommen wir zum nächsten Punkt:

**b) „Möglichkeiten für linke Transformationsprojekte unter den Bedingungen des freien Marktes“ – Wie lassen sich "alternative Wirtschaft" und "sozial-ökologischer Umbau" in einer vor allem marktförmig organisierten resp. strukturierten Gesellschaft entwickeln und verwirklichen? Wer sind unsere PartnerInnen dabei, für wen können wir PartnerIn sein, und auf welche Weise ist eine wirksame Zusammenarbeit zu gestalten? Welche Rolle spielen dabei die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte? Wie kann die Wirtschaft demokratisiert werden?**

O. g. Konzepte, verfällt man nicht in pseudorevolutionäre Phrasendrescherei und Gewaltanwendung gegen Menschen, können nur mit und durch Menschen heute, im heutigen Staat und unter heutigen Marktbedingungen entwickelt werden, aber um Staat und

Marktzuletztlich in allen öffentlichen, gesellschaftlichen Bereichen, schrittweise zu überwinden bzw. deren Dominanz zurückzudrängen (Stichwort revolutionäre Reformpolitik).

Ein sozialökologischer Umbau oder eine alternative Wirtschaft ist nur – soll er in der Tat demokratisch stattfinden – mit einer Entprekariisierung und Entängstigung der Menschen, also mit garantierter, stigmatisierungs- und diskriminierungsfreier materieller Sicherheit ohne Bittstellerei (Grundeinkommen, o. g. freie Zugänge) möglich. Das meint eine radikale Umverteilung von materiellen Ressourcen von oben nach unten. Das meint auch die Möglichkeit, demokratischer Verfügung über die Gestaltung öffentlicher Räume und Infrastruktur. Das meint grundsätzlich die schrittweise Erlangung der Verfügung über die Produktivkräfte (Natur, Immobilien, Maschinen, Wissen), insbesondere über die wichtigste Produktivkraft, den Menschen selbst (die/der Einzelne), also Selbstverfügung. Das alles steht nicht im Gegensatz zur anerkannten feministischen These, dass der Mensch grundsätzlich abhängig ist von anderen Menschen, weil er sorgendes und umsorgtes Wesen ist. Im Gegenteil: Ohne Freiheit keine reale Solidarität, ohne Solidarität aber auch keine reale Freiheit.

Ansätze im Hier und Jetzt dafür sind z. B.:

- Grundeinkommen und damit verbundene Erhöhung der individuellen Zeitsouveränität,
- die demokratische Gestaltung der öffentlichen Räume/Infrastrukturen/Dienstleistungen durch Nutzerinnen/Nutzer in Abstimmung mit den Produzentinnen/Produzenten – auf allen regionalen Ebenen und mit verschiedenen partizipatorischen Methoden
- demokratische Entscheidungen über das Ob, Was und Wie der Produktion materieller Güter und nicht materieller Güter und Dienstleistungen, auf allen regionalen Ebenen (von direktdemokratischen über repräsentativ-demokratische bis hin zu marktdemokratischen Entscheidungen)

Entscheidend ist, dass diese drei grundlegenden Ansätze (Freiheit, Demokratie, Aneignung) aufeinander bezogene Ansätze sind – sich gegenseitig befördern: Eine Demokratie unter prekären Verhältnissen ist eine prekäre oder Scheindemokratie. Eine Aneignung der materiellen Produktion ohne Grundeinkommen führt weiterhin zu Konkurrenz um Existenzsicherungsplätze – und nicht zu solidarischen, geschweige denn ökologischen Ökonomien. Auch im unbezahlten ökonomischen Sektor ist das Grundeinkommen freiheitsverbürgend und demokratieförderlich – sei es im familiären oder community-Kontext. Umgekehrt verbürgt eine demokratisierte Öffentlichkeit und Ökonomie, dass die "Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen" (Marx), also auch das Grundeinkommen (bzw. andere Formen des freien Zugangs zu Ressourcen der Existenz- und Teilhabesicherung) ökonomisch gesichert werden (Fourier, Marx/Engels).

Was heißt das alles ganz praktisch? Nur einige Beispiele (siehe auch jüngster prager Frühling)

1. jede soziale Sicherung, die schrittweise in Richtung Grundeinkommen entwickelt und zur Mehrung individueller Zeitsouveränität genutzt (Kindergrundsicherung, Studienhonorar für alle Studierenden, Sabbatical-Grundeinkommen, Grundrente...) wird, ist ein richtiger Schritt,
2. jeder dem Markt abgerungene Platz und Ort, jedes öffentlich frei zugängliche Kulturhaus, jede zum öffentlichen Kultur- und Sporttreff erweiterte Schule, jeder gemeinschaftlich

- projektierte und gebaute Spielplatz, die selbst verwaltete öffentlich zugängliche Badestelle... ist ein Ort möglicher Demokratisierung, ist ein richtiger Schritt,
3. jedes PatientInnenkollektiv, jede Selbsthilfegruppe, jeder Kinder-oder Gesundheitsladen, jede Energiegenossenschaft, die mit NGOs, Vereinen, Initiativen und Professionellen kooperiert, ist ein richtiger Schritt, jede selbst organisierte Schulverwaltung und Selbstbestimmung über Bildungsinhalte, in Kooperation mit aber auch in Abgrenzung zu staatlichen Stellen, ist ein richtiger Schritt,
  4. jede Lahmlegung/jeglicher Boykott ökologisch bedenklicher, gesundheitsschädigender und gemeinwohlgefährlicher Produktion und Konsumtion ist ein richtiger Schritt – erstens weil er die für solche Produktion und Konsumtion nötige Destruktionszeit einspart und zweitens gesellschaftliche Folgekosten der Destruktion minimiert, somit Ressourcen für die Freiheits- und Demokratieermöglichung freisetzt,
  5. jede Form der öffentlichen Aufklärung über das, was Menschen tun, wenn sie produzieren, konsumieren, welche guten oder schlechten Folgen das hat, jede Form des öffentlichen Wettstreits hinsichtlich der ökologischsten, der den Ressourcenverbrauch radikal minimierenden Produkte ist ein richtiger Schritt,
  6. jede Form der freien (weil existenziell abgesicherten) Kooperation in Produktion, Bildung, in community-Werkstätten/Schulen, in gemeinsam rekultivierten und genutzten Industriebrachen, bei der high-tech-selfproviding und gemeinschaftlichen Produktion (Frithjof Bergmann) usw. ist ein richtiger Schritt zur....

Entprekariisierung – materiell wie politisch, weg von der Abhängigkeit von der Gnade anderer, hin zur Erkenntnis der grundsätzlichen Abhängigkeit von anderen – aber in Freiheit und Demokratie. Diese Schritte sind alle in der marktförmigen Gesellschaft möglich und nötig – zielen aber letztlich gegen (die Dominanz) von Markt und gegen Staat (im Sinne der Herrschaft/Verfügung über Menschen). Sie zielen auf einen politischen Menschen, der sich sprechend und handelnd in das "Beziehungsgewebe menschlicher Angelegenheiten"(das Öffentlich-Politische nach Hannah Arendt) einbringt.

### **c) "Offene Analyse und Reflexion zu eigenen Möglichkeiten der Linken als politische Gestaltungskraft"**

DIE LINKE sollte den Mut aufbringen, ihre Stellung und ihren Einfluss im gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Umfeld realistisch einzuschätzen. Sind Aufbau, Arbeits- und Handlungsweisen von Parteien dafür geeignet, ihren gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch glaubhaft zu begründen? Wie kann sie hierfür das Vertrauen der Menschen gewinnen, mit denen Sie diese Entwürfe angehen möchten?

Institutionssoziologisch gesehen funktionieren alle Parteien gleich in bürgerlichen und kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen – trotz der Unterschiede in Inhalt und konkreter Parteienkultur. Es gibt aber verhaltene Hoffnung hinsichtlich der Mitwirkung der LINKEN an 4 transformatorisch-emanzipatorischen Prozessen der Gesellschaft:

Die Partei DIE LINKE ist heterogen bezüglich politischer Akteure, Inhalte und grundlegender Ziele, die gemeinsame Grundsätze, Schnittmengen und vollkommen Unvereinbares impliziert. Dieses Gemengegelage setzt Blockaden, befördert aber auch partielles Voranschreiten.

Eine linke Partei, die es versteht, sich ihnen inhaltlich nahestehenden sozialen Bewegungen, BürgerInneninitiativen zu öffnen und zugleich diese sozialen Bewegungen zu befördern, wird

sich in einigen Bereichen der Parteienlogik entziehen können. Das setzt aber Kooperation auf Augenhöhe voraus, letztlich aber die politische Erstreitung der Möglichkeiten für die Selbstermächtigung der Menschen in Initiativen, sozialen Bewegungen, im Alltäglichen (siehe Punkt b). Beförderung der Selbstermächtigung heißt Ressourcen, Infra-, Wissens- und Aufklärungsstrukturen für/mit den BürgerInnen politisch zu erstreiten, und dort, wo in der Partei solche Strukturen vorhanden sind, sie mit BürgerInnen zu teilen (siehe prager frühling).

Eine linke Partei ist nur dann attraktiv und Motor des Demokratisierungsprozesses, wenn sie sich selbst demokratisch verfasst und die Pluralität von Menschen in ihren Reihen anerkennt sowie neue Formen von Demokratie konstituiert.

Eine Partei, die Erstreitung grundsätzlicher, bedingungsloser existenzieller Absicherung für alle Menschen zum Ziel hat, kann sich den Logiken und Folgen des politisch-institutionalisierten Absicherungs-/Versorgungsortes für Menschen, der da Partei heißt, zumindest teilweise entziehen! Auch von daher gilt der schöne Spruch von Christoph Spehr, Landessprecher DIE LINKE Bremen: "Es ist von erheblicher Komik, das Abgeordnete für sich in Anspruch nehmen, durch relativ hohe Gehälter ihre inhaltliche Unabhängigkeit zu wahren und sich nicht-erpressbar zu machen – dass die meisten dieser Abgeordneten es aber nicht für nötig halten, eine derartige Unabhängigkeit und Nicht-Erpressbarkeit auch für den Souverän, nämlich die Bevölkerung, zu gewährleisten. Was für Abgeordnete gilt, sollte auch für uns gelten. Nur die Garantie eines unabhängigen, qualitativ ausreichenden Existenzgeldes schafft für die Individuen die Voraussetzung, sich nicht um jeden Preis verkaufen zu müssen. Es gewährleistet ihre politische Freiheit; denn politische Freiheit heißt vor allem, sich nicht in erzwungene Kooperationen irgendwelcher Art hineinbegeben zu müssen." (Christoph Spehr: Gleicher als die anderen. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Texte der RLS, Band 9, Berlin 2003, S. 105) Mit dieser Arbeit beantwortete übrigens Christoph Spehr die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang 2000 gestellte Preisfrage "Unter welchen Bedingungen sind soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit vereinbar?". Die Jury wählte ihn dafür zum ersten Rosa-Luxemburg-Preisträger. Am 13. Januar 2001 wurde ihm in der "Volksbühne Ost" in Berlin der mit 10.000 DM dotierte Preis der Rosa-Luxemburg-Stiftung übergeben.

Meine Vorschläge für die Workshops auf der Zukunftskonferenz sind:

1. Freiheit und Demokratie – Was heißt das im linken Verständnis und warum werden diese Begriffe von Linken und LINKEN so selten gebraucht, obwohl sie doch eine "Assoziation" anstreben, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" und das "wahre Reich der Freiheit aufblühen" kann? Was heißt der Gewinn des Demokratie- und Freiheitsbegriffs (der das Denken und Handeln prägt) politisch-praktisch für Inhalt und Organisation der Partei DIE LINKE?
2. Welche konkreten politischen Schritte mit welchen PartnerInnen sind nötig/möglich, um reale Entprekariisierung (materiell/politisch), also Demokratie- und Freiheitsermöglichung für alle zu erstreiten?

Grundsätzlich bedarf es einer Debatte in der LINKEN, die eine jüngst geführte spannende Debatte der LINKEN zum Tierschutz weiterentwickelt: "Tiere sind keine Ware". Dieser Sollenssatz, als Norm ausgesprochen, gilt erst recht für Menschen: "Menschen sind keine Ware". Solange Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu existieren und an der Gesellschaft teilhaben zu können, sind Menschen aber eine Ware. Dies ist erstens eine

Beleidigung der Menschenwürde ersten Ranges und zweitens ein Ausgangspunkt der massenhaften Prekarisierung von Menschen.